

Trägervereinbarung

Zwischen der

Großen Kreisstadt Borna, Markt 1, 04552 Borna

(im Folgenden Kommune)

vertreten durch den Oberbürgermeister Oliver Urban

und

dem Träger der freien Jugendhilfe

xxxxx

xxxxx

xxxxx

(im Folgenden Träger)

vertreten durch xxxxx

wird folgende Vereinbarung über die Trägerschaft und die Finanzierung der Kindertageseinrichtung „Wyhrafüchse“ in 04552 Borna, An der Wyhra, inklusive des vorgelagerten Betriebes der Interims-Kindertageseinrichtung in 04552 Borna, Schulstraße 14 ab dem 01.01.2026

geschlossen:

Präambel

Gegenstand der Vereinbarung sind die Regelungen zum Betrieb und zur Finanzierung der Kindertageseinrichtung.

Die Vereinbarungspartner verpflichten sich, konstruktiv und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, um die Zielsetzung des Betriebs der Einrichtung zum Wohl der Kinder entsprechend auszugestalten und zu gewährleisten. Hierzu sollen neben den schriftlichen Vereinbarungen frühzeitige und regelmäßige Informationen und Absprachen bei Bedarf stattfinden.

Auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung für die Kinder und deren Eltern bzw. Personensorgeberechtigten, die zur Unterstützung ihrer Erziehungsaufgabe die Leistungen der Kindertageseinrichtungen in Anspruch nehmen, vereinbaren die Träger der freien Jugendhilfe die Höhe und das Verfahren zur Finanzierung der Einrichtung. Sie lassen sich dabei von den Grundsätzen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit entsprechend § 4 SGB VIII leiten.

Die Stadt Borna hat gemäß § 24 SGB VIII den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder ab vollendetem erstem Lebensjahr zu gewährleisten. Die Kindertageseinrichtung in Borna, An der Wyhra wird dafür im Auftrag der Stadt Borna errichtet. Die Stadt Borna beauftragt XXX auf Basis dieser Rahmenvereinbarung mit der Betriebsträgerschaft über die Kindertageseinrichtung „Wyhrafüchse“ zu den im Vertrag gere-

gelten Fristen. Zwischen den Vereinbarungspartnern besteht Einigkeit, dass der Betrieb und die Finanzierung der neuen Kindertageseinrichtung auf der Grundlage der nachfolgenden Vereinbarungen erfolgt. Der Abschluss dieser Vereinbarung erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung einer entsprechenden Betriebserlaubnis durch die zuständige Behörde des Freistaates Sachsen.

§ 1

Inhalt und Umfang des Leistungsangebotes

(1) Die Kindertageseinrichtung bietet folgende Grundbetreuungszeiten an

Kinderkrippe und Kindergarten:

- bis zu 4,5 Stunden
- bis zu 6,0 Stunden
- bis zu 7,0 Stunden
- bis zu 9,0 Stunden, in Absprache mit der Leitung ist auch eine längere Betreuungszeit möglich.

(2) Für die Angebote nach Absatz 1 werden folgende Plätze vorgehalten

1. Interims-Einrichtung am Standort Schulstraße 14, 04552 Borna, beginnend ab dem 01.01.2026, bis längstens zur Inbetriebnahme der Kindertageseinrichtung unter Nummer 2.

- Kinderkrippe 15 Plätze
- Kindergarten 54 Plätze

2. Kindertageseinrichtung „Wyhrafüchse“ am Standort An der Wyhra, 04552 Borna, beginnend ab dem 01.10.2026

- Kinderkrippe ca. 45 Plätze
- Kindergarten ca. 65 Plätze

(3) Die Einrichtung bietet die Angebote nach Absatz 1 und Absatz 2 in folgender Zeitspanne an

von 6:00 bis 17:00 Uhr.

(4) Die konzeptionellen Schwerpunkte der Kindertageseinrichtung orientieren sich am eingereichten Angebot vom xx.xx.202x.

§ 2

Aufnahme von Kindern

(1) Der Träger verpflichtet sich, vorrangig Kinder aus der Kommune im Rahmen der Festlegungen nach § 1 Absatz 2 der Rahmenvereinbarung in die Kindertageseinrichtung aufzunehmen.

(2) Kinder, die ihren Wohnsitz nicht im Gemeindegebiet haben, können im Rahmen der verfügbaren Plätze in die Kindertageseinrichtung aufgenommen werden. Der Träger meldet der Kommune den von den Personensorgeberechtigten angemeldeten Betreuungsbedarf und informiert gleichzeitig, ob zu dem gewünschten Aufnahmetermin eine Betreuung in der Einrichtung möglich ist.

Die Aufnahme erfolgt in Abstimmung zwischen Kommune und dem freien Träger.

Bei Beendigung der Betreuung ist die Kommune zu informieren.

§ 3

Personal- und Sachkosten

(1) Personalkosten sind die Aufwendungen für die pädagogischen Fachkräfte gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 SächsKitaG sowie § 1 SächsKitaFinVO (Schulvorbereitung). Personalkosten, die durch eine Verlängerung der Öffnungszeiten entstehen, werden von der Kommune unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Erfordernisse einschließlich Betriebserlaubnis in der angefallenen Höhe anerkannt.

(2) Sonstige Personalkosten sind die Aufwendungen für nachfolgendes Personal:

- Arbeitskräfte im Rahmen der Leistungen soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst und ähnliche nach vorheriger Zustimmung der Kommune,
- Hausmeister in Höhe von 20 Stunden pro Woche. Etwaige Änderungen nur nach Zustimmung der Kommune.

(3) Weitere Personalkosten werden nicht anerkannt.

(4) Sachkosten sind die Aufwendungen gemäß Ziffern 3.1. bis 3.11 des Kalkulationsblattes.

(5) Gesondert auszuweisende Sachkosten

- Miete/Vergleichsmiete/Pacht
- Zinsen
- Abschreibungen

(6) Für Leistungen, die durch den Träger im Rahmen der verwaltungstechnischen Betriebsführung der Kindertageseinrichtung erbracht werden (Verwaltungskostenumlage), wird ein Betrag in Höhe von 5 % der angefallenen Personalkosten des pädagogischen Personals fällig.

(7) Die in § 3 Abs. 6 genannte Verwaltungskostenumlage ist bis zum Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten dieser Rahmenvereinbarung (vgl. 10 Abs. 1) fest vereinbart.

§ 4

Anerkennungsfähige Kosten

Folgende Betriebskosten sind anerkennungsfähig:

(1) Personalkosten für pädagogische Fachkräfte nach § 3 Absatz 1 sowie sonstige Personalkosten nach § 3 Absatz 2.

Grundlage der Personalbemessung sind die betreuten Kinder zum 1. des Monats. Personalüberhänge um bis zu 0,5 VzÄ pro Wirtschaftsjahr werden anerkannt.

Die Verwaltungskostenumlage wird in Höhe von 5% der angefallenen Personalkosten des pädagogischen Personals gemäß § 3 Absatz 1 dieser Rahmenvereinbarung für die Dauer von drei Jahren festgelegt (§ 3 Abs. 7) und anerkannt.

(2) Ebenso anerkennungsfähig sind Sachkosten nach § 3 Absatz 4.

(3) Sach- und Personalkosten sowie die Verwaltungskostenumlage werden im Rahmen des vereinbarten Haushaltsplans durch Abschlagszahlungen der Kommune vorfinanziert (vgl. § 7 Abs. 3) und in Höhe der tatsächlich angefallenen Kosten durch Ausgleich der Jahresabrechnung (§ 7 Abs. 4) ausgeglichen.

Kosten für Verpflegung sind den Personensorgeberechtigten voll in Rechnung zu stellen.

(4) Sachkosten nach § 3 Absatz 5 werden wie folgt anerkannt:
- Miete und Betriebskosten(vorauszahlung) lt. Mietvertrag

§ 5

Eigenanteil des freien Trägers

(1) Gemäß § 16 SächsKitaG vereinbart der Träger einen Eigenanteil an den Personal- und Sachkosten

in Höhe von

..... Euro/Jahr/Platz.

(2) Als Eigenleistungen werden unentgeltliche Tätigkeiten und Sachspenden zum Erhalt und Betrieb der Kindertageseinrichtung bis maximal der im Absatz 1 angeführten Größe anerkannt. Arbeitsleistungen des Trägers und der Eltern werden mit dem Stundensatz berücksichtigt, der dem zum Zeitpunkt der Erbringung der Arbeitsleistung jeweils geltenden Mindestlohn entspricht.

§ 6

Zuschuss der Kommune

Die von der Kommune an den Träger zu erstattenden Kosten errechnen sich auf der Grundlage der anererkennungsfähigen Kosten gemäß § 4 abzüglich folgender Leistungen:

1. vereinnahmte Elternbeiträge einschließlich Leistungen des örtlichen Trägers der Jugendhilfe
2. Eigenanteil/Eigenleistungen des Trägers
3. sonstige Einnahmen
4. Eingliederungshilfe

§ 7

Abrechnungsverfahren

(1) Der Träger legt der Kommune bis spätestens 30.06. des laufenden Jahres den Haushaltsplan der Kindertageseinrichtung für das folgende Jahr vor. In Abstimmung mit der Kommune können für Doppelhaushalte die Haushaltspläne für die beiden nachfolgenden Jahre vorgelegt werden.

Die Kommune verpflichtet sich, zunächst die Kosten laut Kita-Haushaltsplan durch monatliche Abschlagszahlungen (vgl. Abs. 3) vor zu finanzieren. Der Haushaltsplan der Kindertageseinrichtung ist erst von der Kommune bestätigt, wenn die Haushaltssatzung der Kommune beschlossen und genehmigt ist. Bis dahin erfolgen Zahlungen nur unter Vorbehalt.

Unvorhergesehene (erhebliche) Mehrkosten nach § 4 sind der Kommune unverzüglich zu melden. Über die Deckung dieser Kosten wird im Einzelfall entschieden.

Dem Träger wird gestattet, Verschiebungen von Einzelansätzen innerhalb des Haushaltes eigenständig vorzunehmen, ausgenommen sind Personalkosten für das pädagogische Fachpersonal und das ggf. durch den Träger beschäftigte Wirtschaftspersonal.

(2) Der Träger legt der Kommune bis spätestens zum 10. des Monats eine Meldung mit folgenden Angaben vor:

- Anzahl der betreuten Kinder
- Betreuungsart
- Betreuungszeit
- erforderliches pädagogisches Personal (monatliche VZÄ-Meldung)

(3) Die Kommune leistet Abschlagszahlungen zu 1/12 jeweils bis zum 15. eines jeden Monats für den Kommunalanteil und für die Landeszuschüsse. Die Zahlung der Verwaltungskostenumlage erfolgt mit der Ratenzahlung im Monat Juni.

(4) Der Träger legt der Kommune bis spätestens zum 31.03. des folgenden Jahres die Jahresrechnung der Kindereinrichtung vor. Über- bzw. Minderzahlungen, die sich aus

der Jahresrechnung ergeben, werden nach Abschluss der Prüfung und nach Aufforderung/Mitteilung der Stadt Borna ausgeglichen.

§ 8

Frühzeitige Information

Neben der schriftlichen Vereinbarung sollen auch frühzeitige und regelmäßige Informationen und Absprachen bei Bedarf stattfinden.

§ 9

Prüfrecht

(1) Die Kommune sowie das Rechnungsprüfungsamt und der sächsische Rechnungshof sind berechtigt, die zweckentsprechende Verwendung der Zuschüsse im Sinne dieser Vereinbarung zu prüfen. Dies umfasst die Einsichtnahme in alle Geschäftsvorgänge, die im Zusammenhang mit der Verwendung der Zuschüsse stehen. Der Träger ist verpflichtet, alle erforderlichen Unterlagen zur Einsichtnahme bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die Prüfung soll in den Räumen oder Einrichtungen des Trägers stattfinden.

(2) Bei Fehlen von prüfungsrelevanten Unterlagen hat der Träger die Möglichkeit in geeigneter Weise die zweckentsprechende Mittelverwendung nachzuweisen. Kann der Träger den Nachweis nicht führen, ist von einer nicht zweckentsprechenden Mittelverwendung auszugehen.

§ 10

Inkrafttreten, Kündigung

(1) Die Vereinbarung tritt am 01.01.2026 in Kraft. Sie gilt vorerst befristet für zwölf Jahre. Sie verlängert sich automatisch, mit Ausnahme der Festlegungen in § 3 Abs. 6 bis 7 und § 4, jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht eine der beiden Vertragsparteien schriftlichen bis 30.06. des laufenden Jahres für das Folgejahr kündigt.

(2) Im Zusammenhang mit der Verlagerung der Kindertageseinrichtung aus dem Interim in den Neubau werden die Parteien einzelne Regelungen dieser Rahmenvereinbarung an die Gegebenheiten des dann neuen Standorts und an die zu ändernde Betriebserlaubnis der Kindertageseinrichtung anpassen.

(3) Den Vereinbarungsparteien steht das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grunde zu.

Als wichtiger Grund gilt insbesondere:

- a) die Zustimmung der örtlichen Träger der Jugendhilfe zur Schließung der Einrichtung
- b) die Schließung der Einrichtung durch behördliche Anordnung, soweit diese nicht vom Träger verursacht wurde

- c) im Einvernehmen mit dem Träger erfolgende Übertragung des Betriebes der Kindertageseinrichtung an einen anderen Träger durch die Kommune
- d) die Unmöglichkeit der Weiterführung der Kindertageseinrichtung durch den freien Träger, zum Beispiel bei Insolvenz
- e) die Nichtrealisierung von Werterhaltungsmaßnahmen, die zu einer Versagung der Betriebserlaubnis führen.

Das Personal der Kindertageseinrichtung ist in den Fällen der Buchstaben a und b von der Stadt Borna, im Falle des Buchstaben c vom neuen Träger zu übernehmen, sofern der Träger und das Personal diesem Wechsel zustimmen.

- (4) Die in § 4 festzusetzenden Beträge sind jährlich neu zu vereinbaren.

§ 11

Schlussbestimmungen / Salvatorische Klausel

- (1) Die Vereinbarung wird zweifach im Original ausgefertigt. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder sich als lückenhaft erweisen, bleibt die Gültigkeit dieser Vereinbarung im Übrigen unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist unter Wahrung des Grundsatzes der Vertragstreue durch eine wirksame Regelung zu ersetzen. Gleiches gilt für die Ausfüllung von Lücken.

Borna,

XXX,

Oliver Urban
Oberbürgermeister
Große Kreisstadt Borna

XXX